
Beschlussprotokoll des Parteitags der SP Schweiz

28. Februar 2026 in Biel

Vorsitz: Tom Cassee (Generalsekretär der SP Schweiz)

Protokoll: Judith Schmid und Lukas Probst

Anwesend: 495 Delegierte, 80 Gäste und Medienschaffende

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Die Schlussdokumentation inklusive aller am Parteitag behandelten Geschäfte ist hier zu finden:

www.spschweiz.ch/biel2026.

1. Eröffnungsgeschäfte und Begrüssungen

Der Parteitag wird von Tom Cassee, Generalsekretär der SP Schweiz, eröffnet.

Es folgt ein Grusswort von Glenda Gonzalez Bassi, Stadtpräsidentin Biel.

Glenda Gonzales Bassi begrüsst die Anwesenden. Sie spricht über Biel als grossartige Stadt mit einer Frauenmehrheit in der Exekutive. Zwei davon von der SP. Biel ist eine Stadt, die sich enorm entwickelt, damit leider auch die Mieten. Diese seien um 35% angestiegen in nur 10 Jahren. Das belaste die Kaufkraft sehr – viele würden wegziehen, was ein grosses Problem sei. Weiter erwähnt Glenda, dass gleichzeitig mit der Entwicklung der Mieten viele Gebäude an Grosskonzerne verkauft würden. Ihre Prognose: Die Mieten werden noch weiter ansteigen, auch die der Geschäfte. Bisher sei es nicht gelungen, den Mietzinsanstieg zu stoppen. Sie verspricht aber, dafür zu kämpfen. Sie sei Sozialdemokratin, um etwas zu verändern. «Venceremos!»

Ebenfalls richten Selen Baskara und Julian Meier, Co-Präsidium der SP Biel, ein paar Worte an die Anwesenden.

Julian Meier begrüsst die Anwesenden und verkündet, dass die SP Biel gleich zwei Wohninitiativen lanciert habe. Am ersten Sammeltag konnten gleich 200 Unterschriften gesammelt werden. Die Rückmeldungen der Bevölkerung seien gut – gerade auch ältere Leute würden die Initiative gerne unterschreiben. Julian erwähnt, dass auch während des heutigen Parteitages in der ganzen Stadt 30 Genoss:innen unterwegs seien, um Unterschriften zu sammeln.

Selen Baskara spricht über die positive Dynamik, die es aktuell in Biel gebe. Die SP sei die grösste Stadtpartei – Selen und Julian seit letztem April deren Co-Präsidium. Nun starte die SP eine Aktion, um direkt mit den Menschen in der Stadt ins Gespräch zu kommen. Es sei wichtig für die SP, den Puls der Bevölkerung zu kennen. Selen lädt zudem ein, dass die

Anwesenden nach dem Parteitag noch zusammen etwas trinken gehen, um den Austausch weiter zu vertiefen.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

Mitteilungen

Tom Cassee stellt das Gender-Watch-Protokoll des Parteitags vom 25. Oktober 2025 vor und weist darauf hin, dass am Parteitag Fotos gemacht werden. Des Weiteren teilt er mit, dass auf den Tischen hausgemachte «Bieler Altstadt Pflastersteine» der Confiserie Langel und die Bildungsbroschüren zu finden sind. Es folgt ein Hinweis auf das Material der Anny Klawa-Morf-Stiftung, das im 1. Stock zu finden ist.

Genehmigung der Geschäftsordnung

Redezeitbeschränkung

Gemäss der allgemeinen Geschäftsordnung des Parteitags gilt eine Redezeitbeschränkung von drei Minuten. Bei Verspätung kann die Redezeit via Ordnungsantrag auf 2 Minuten verkürzt werden.

Redner:innenliste

Es gibt keine Beschränkung der Redner:innenliste.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf eines Traktandums müssen vor Beginn des Traktandums eingereicht werden. Ordnungsanträge können kurz begründet werden. Danach gibt der:die Vorsitzende eine Stellungnahme ab, danach wird abgestimmt.

Wortmeldezettel

Wortmeldungen müssen vor Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden! Sie müssen auf dem Podium geholt und auch dort wieder abgegeben werden! Auch Antragssteller:innen müssen einen Wortmeldezettel ausfüllen.

Beschluss des Parteitags: Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

Wahl der Stimmenzähler:innen

Die Liste mit den Namen wird vorgelesen.

Sektor	Stimmenzähler:innen	Stellvertretungen
1	Armelle Cuenat	François-Xavier Migy
2	Michael Portmann	Urs Thumm

3	Benjamin Ferizaj	Alişiyar Sürensoy
4	Jürg Iff	Tatiana Richard
5	Martin Pfister	David Schober
6	Ueli Röthenmund	Albert Losher
7	Daria Lepori	Nicolò del Conte
8	Renate Büchi	Anita Egg
9	Allan Boss	Martin Steiner
10	Giglia Gantenbein	Heidi Zingg

Beschluss des Parteitags: Die Stimmenzähler:innen werden gemäss vorgelesener Liste gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Karin Mader und Andreas Weibel werden vorgeschlagen.

Beschluss des Parteitags: Karin Mader und Andreas Weibel werden gewählt.

Genehmigung definitive Traktandenliste

Beschluss des Parteitags: Die Traktandenliste wird genehmigt.

3. Protokoll des Parteitags vom 25. Oktober 2025 in Sursee

Das Protokoll des Parteitags vom 25. Oktober 2025 in Sursee wurde publiziert (vgl. [hier](#)).
Danke an Judith Schmid und Till Stuker fürs Verfassen.

Beschluss des Parteitags: Das Protokoll wird genehmigt.

4. Begrüssung und Rede von Cédric Wermuth

Cédric Wermuth, Co-Präsident der SP Schweiz: Er startet seine Rede mit der Bemerkung, dass es heute 3 Premieren gibt:

1. Er hat statt seiner Rede die Malunterlagen seiner Kinder eingepackt.
2. Er eröffnet das erste Mal als Co-Präsident allein einen Parteitag. Aber er versichert: Mattea ist Co-Präsidentin und wird zurückkommen.

3. Er muss einen Parteitag eröffnen an einem Tag, wo ein neuer Krieg ausbricht. Die Sozialdemokratie auf der ganzen Welt steht an der Seite der Demokratie und der Menschen – unsere Solidarität ist mit den Menschen im Iran, nicht auf der Seite des Regimes.

In seiner Rede geht er darauf ein, dass Eliten immer Ausdruck der Machtverhältnisse ihrer Zeit sind, und sagt, dass die «Epstein-Files» kein isolierter Skandal, sondern ein Symptom eines kranken Systems seien. Er betont, dass sexualisierte Gewalt nicht im luftleeren Raum entstehe, sondern Teil patriarchaler Strukturen sei, die von alltäglichem Sexismus bis zu schwersten Verbrechen reichen. Er sagt, dass Männer Verantwortung übernehmen müssen und dass der Kampf gegen patriarchale Gewalt eine Frage der unteilbaren Menschenrechte sei. Deshalb lanciert die SP gemeinsam mit den SP Frauen eine Volksinitiative gegen sexualisierte Gewalt.

Er geht weiter darauf ein, dass die extreme Vermögenskonzentration und die wachsende globale Ungleichheit Ausdruck einer neoliberalen Politik seien, die Reichtum und Macht in den Händen weniger bündele. Er sagt, dass Straflosigkeit für Superreiche, Banken und Konzerne kein Zufall, sondern systembedingt sei. Wer neue «Epsteins» verhindern wolle, müsse Gleichstellung durchsetzen, Ungleichheit abbauen und die Mächtigen konsequent zur Rechenschaft ziehen.

Zudem geht er darauf ein, dass freie Medien zentral für die Demokratie seien, und sagt, die SRG müsse gegen Abschaffungsbestrebungen verteidigt werden, auch wenn es berechtigte Kritik an einzelner Berichterstattung gebe. Er betont, dass wir mit der rechten Initiative über die «10-Millionen-Schweiz» die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen müssten und so die Schweiz international isolierten. Abschliessend sagt er, die Antwort auf den Rechtsruck sei Durchhalten und der Aufbau einer organisierten Gegenmacht, die für soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung und eine soziale Klimapolitik kämpfe. Hier sind wir auf gutem Weg: 500'000 Menschen haben in der Schweiz im Dezember unsere Petition gegen den Abbau der Massnahmen gegen sexualisierte Gewalt unterschrieben. Und die SP Schweiz zählt so viele Mitglieder wie seit 25 Jahren nicht mehr.

5. Initiativen und Referenden

März Abstimmungen

Anti-SRG-Initiative – 200 Franken sind genug!

Baptiste Hurni fragt, was die Rechtsextremen für ein Problem mit der SRG haben. Seine Antwort: Sie können diese nicht kontrollieren, was ihnen ein Dorn im Auge ist. Er betont: Eine Demokratie brauche unabhängige Medien – Medien, die nicht gekauft werden können.

Die Anti-SRG-Initiative sei Teil eines grösseren Projekts von rechts. Es gehe darum, den medialen Service public abzuschaffen. Die SP bekämpfe die Initiative vehement, denn sonst würden gewisse Regionen und Sprachregionen nicht mehr ausreichend abgebildet. Diesen Kampf müssen wir im kollektiven Interesse führen.

Das Projekt zur Abschaffung des medialen Service public betreffe auch andere Länder, etwa Frankreich und England. Teilweise nehme die Diskussion absurde Züge an: Wettervorhersagen würden als «links» bezeichnet, nur weil darin von Klimaerwärmung die Rede ist. Ebenso absurd sei, dass die Rechte plötzlich mit Kaufkraft argumentiere, andere Kaufkraftvorlagen jedoch strikt abgelehnt werden.

Es folgen Wortmeldungen von Sophie Laville, Roni Muff, Oleksander Terletsy. Anschliessend folgt ein Video zur Anti-SRG-Initiative.

Klimafonds-Initiative

Cédric Wermuth nennt drei Gründe für die Initiative: 1. Klimapolitik steht weltweit unter Druck, bedingt durch einen globalen Rechtsrutsch. Auch in der Schweiz ist dieser Trend zu beobachten: Bürgerliche Kräfte streben an, die Umwelt- und Klimapolitik durch finanzpolitische Massnahmen zu schwächen. 2. Das UVEK hat zugegeben, dass wir mit den aktuellen Massnahmen die Klimaziele nicht erreichen werden. Es braucht jetzt ein massives Engagement der gesamten Gesellschaft. 3. Die Initiative macht aus der Klimapolitik eine Aufgabe der öffentlichen Investitionen. Das hat die Schweiz schon immer gemacht, beispielsweise bei den Wasserkraftanlagen.

Klimapolitik und Klimamassnahmen sind weiterhin die wichtigste Aufgabe unserer Zeit. Der Klimafonds ist die richtige Idee zur richtigen Zeit.

Es folgen Wortmeldungen von Roland Tschäppeler und Nico Siegrist. Anschliessend folgt ein Video zur Klimafonds-Initiative.

Individualbesteuerung

Samira Marti zeigt anhand eines Beispiels auf, auf welchen Ebenen die Gleichstellung noch immer massiv hinterherhinkt. Frauen leisten statistisch gesehen nach der Geburt von Kindern deutlich weniger Lohnarbeit als Männer. Dies hat diverse negative Auswirkungen, unter anderem auf die Renten. Das Bundesgericht vertritt die Auffassung, dass jede Person selbst verantwortlich dafür ist. Dennoch ist eine von vier Frauen von Altersarmut betroffen. Diese Strukturen sind frauenfeindlich. Die Individualbesteuerung ist ein wichtiger Ansatz, um hier für mehr Gleichstellung zu sorgen.

Es folgen Wortmeldungen von Susanne Leutenegger Oberholzer und Daniela Braun. Anschliessend folgt ein Video zur Individualbesteuerung.

Tom Cassee ruft nochmals dazu auf, bis zum Schluss zu mobilisieren, und betont, wie richtungsweisend die Abstimmungsergebnisse sein werden.

6. Parolenfassungen für eidg. Abstimmungen

Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)

Priska Seiler Graf stellt die Vorlage vor. Der National- und Ständerat haben der Vorlage zugestimmt. Wir wehren uns gegen diese schikanöse Forderung, welche Grundrechte beschneidet. Der Angriff auf den Zivildienst ist nicht neu. Bereits vor dem Krieg in der Ukraine gab es einen entsprechenden Vorstoss, der im Nationalrat scheiterte. Nun wird der Zivildienst erneut als Gefahr für die Armeebestände dargestellt. Dies ist jedoch nicht zutreffend, denn aktuell besteht sogar ein gesetzeswidriger Überbestand.

Die geforderten Massnahmen würden den Zivildienst unattraktiv machen, ohne jedoch die Zahl der Armeeangehörigen zu erhöhen. Stattdessen werden sich wahrscheinlich mehr Personen durch ärztliche Atteste komplett vom Dienst befreien lassen.

Der Zivildienst ist eine Erfolgsgeschichte: Er erfüllt wichtige soziale und ökologische Aufgaben, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bietet spannende Erfahrungen. Die gefragten Aufgaben in der Gemeinschaft, für die wir heute bereits zu wenig Personal haben, würden noch weniger Ressourcen erhalten. Das können wir nicht zulassen. Deshalb sagen wir NEIN zu dieser Gesetzesrevision.

Es folgen Wortmeldungen von Krrish Dyarakoti und Carlo Lepori.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Pierre-Alain Fridez: Der Zivildienst ist eine Erfolgsgeschichte. Seinen Nutzen hat er in den letzten Jahren oft bewiesen. Er ist wichtig für die Gesellschaft und beliebt bei den Zivildienstleistenden. Nun wollen die Bürgerlichen den Zivildienst unattraktiv machen. Das würde lediglich dazu führen, dass mehr Menschen sich medizinisch vom Dienst befreien lassen würden. Deshalb müssen wir NEIN sagen zu dieser Gesetzesänderung.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Nein zu den Verschärfungen des Zivildienstes.

Beschluss des Parteitags: Die Nein-Parole wird mit zwei Gegenstimmen beschlossen.

7. Rede Bundesrat Beat Jans

Beat Jans spricht sich klar gegen die Halbierungsinitiative aus. Mit humorvollen Beispielen – etwa «Ristretto» statt «Espresso» – macht er deutlich: Eine Halbierung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) würde diese massiv schwächen. Gerade in Zeiten von Fake News, KI-Desinformation und russischer Einflussnahme brauche es starke, unabhängige Medien. Die SRG sei zentral für Demokratie, Medienvielfalt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sein Fazit: Die Initiative gefährdet Demokratie und Stabilität und soll abgelehnt werden.

In Biel/Bienne betont er zudem, dass die Schweiz als kleines, mehrsprachiges Land eigene Erzählungen und einen starken Service public in allen Landessprachen brauche. Der Vorwurf, die SRG sei politisch links, sei wissenschaftlich nicht haltbar.

Weiter unterstützt Jans die Individualbesteuerung. Das heutige Steuersystem benachteilige Doppelverdiener-Ehepaare («Heiratsstrafe»). Eine Reform stärke die Gleichstellung, fördere die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und passe das Steuersystem an die gesellschaftliche Realität an.

Auch die SVP-Initiative «Keine-10-Millionen-Schweiz» lehnt er klar ab. Ein Bevölkerungsdeckel löse weder Verkehrs- noch Wohnprobleme und gefährde Personenfreizügigkeit, den Zugang zum EU-Binnenmarkt, Fachkräfte in Pflege und Bau, den Lohnschutz sowie die Sicherheitszusammenarbeit (Schengen). Zudem schade dieser der internationalen Glaubwürdigkeit der Schweiz.

Jans betont: Ohne Zuwanderung würden in den nächsten Jahren Hunderttausende Arbeitskräfte fehlen. Zuwanderung stärke Wirtschaft, AHV und Löhne. Der Wohlstand der Schweiz sei eng mit Offenheit und internationalen Partnerschaften verbunden.

Seine Schlussbotschaft: In unsicheren Zeiten braucht die Schweiz starke Medien und keine politischen Experimente. Die Schweiz solle sich nicht selbst «einen Stock zwischen die Speichen stecken» – weder durch Halbierung noch durch Abschottung.

8. Positionspapier der SP Schweiz.

Wuchermieten stoppen, Immobilienwirtschaft in den Dienst der Menschen stellen!

Einführung

Jacqueline Badran und Baptiste Hurni stellen das Positionspapier «Wuchermieten stoppen, Immobilienwirtschaft in den Dienst der Menschen stellen!» vor.

Jacqueline Badran: Man kann Boden nicht konsumieren. Boden ist ein knappes Gut und oft der Grund, warum Konflikte entstehen, und Kriege geführt werden. Er zählt zu den wichtigsten volkswirtschaftlichen Gütern. In der Schweiz sind dabei enorme Werte im Spiel – rund 130 Milliarden Franken. Es steht also sehr viel Geld auf dem Spiel.

Gleichzeitig explodieren die Mieten. Viele Mieter:innen bezahlen deutlich zu viel – das wirkt wie eine Umverteilung von unten nach oben. Renditeorientierte Immobilienakteure drücken ihre Logik unserem Zuhause auf.

Darum braucht es ein starkes Mietrecht: Kostenmiete mit einem Renditedeckel, damit Mieten die tatsächlichen Kosten abdecken und nicht primär der Gewinnmaximierung dienen. Und langfristig ist der gemeinnützige Wohnungsbau der Königsweg für die Zukunft.

Baptiste Hurni: Mieten und Krankenkassenprämien machen die Bevölkerung zunehmend ärmer. Heute sprechen wir über die Mieten. Dafür müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden – damit Menschen nicht wegen steigender Mieten finanziell immer weiter unter Druck geraten.

Doch warum gibt es missbräuchliche Mieten, obwohl es bereits gesetzliche Vorgaben gibt (insbesondere den Renditedeckel)? Weil das Recht in der Praxis zu oft nicht konsequent angewandt wird. Bürgerliche Kreise wollen diese Regeln häufig nicht durchsetzen und behaupten, ihre Anwendung bedeute das Ende jeder Vermieterin und jedes Vermieters. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Würde das geltende Recht konsequent angewendet, könnten Mieter:innen insgesamt rund 10 Milliarden Franken sparen.

Die wichtigste Massnahme unseres Positionspapiers ist deshalb klar: die konsequente Anwendung des bestehenden Rechts.

Heute liegt die Verantwortung viel zu stark bei den Mieter:innen: Sie müssen selbst prüfen, ob ihre Mieten missbräuchlich sind und sich allenfalls dagegen wehren. Auch beim Referenzzinssatz, den das Bundesgericht bzw. die zuständigen Stellen angepasst haben, müssen Mieter:innen selbst aktiv werden, um eine Senkung einzufordern.

Hinzu kommen weitere Faktoren, die die Mieten verteuern, etwa Umgehungen der Lex Koller und problematische Geldflüsse bis hin zu Geldwäscherei im Immobilienbereich. All das heizt den Markt an und treibt die Mieten zusätzlich in die Höhe.

Jacqueline Badran: Der Verfassungsartikel 108 verpflichtet, den Wohnungsbau zu fördern – insbesondere den gemeinnützigen Wohnungsbau sowie den Erwerb von Wohnraum zum Eigenbedarf. Genau darauf machen wir aufmerksam: Die Verfassung ist hier klar, wird aber in der Praxis zu wenig ernst genommen.

Entgegen dem aktuellen Trend fordert die SP, dass Artikel 108 konsequent umgesetzt wird – statt, dass immer mehr Wohnraum in die Hände von Immobilienkonzernen gerät, die auf Profitmaximierung ausgerichtet sind. In der ganzen Schweiz sinkt der Anteil der Menschen, die in selbstbewohntem Eigentum leben. Wohnen darf nicht immer stärker zu einem Spekulationsobjekt werden; Wohnungen sollen wieder stärker im Eigentum der Menschen sein.

Aus diesem Grund schlägt das Positionspapier verschiedene Massnahmen vor, die uns Schritt für Schritt in diese Richtung führen.

Christian Dandrès (Co-Präsident Themenkommission «Wohn- und Bodenpolitik») und David Roth stellen Massnahmen vor, die wir als SP bereits fordern und umsetzen, um die Wohnkrise zu entschärfen.

Christian Dandrès erklärt, wie Vermieter:innen und Bodenbesitzende darüber entscheiden, wer wo wohnen darf und kann. Tausende leiden unter Wuchermieten und werden aus ihren Wohnungen geworfen. Das ist eine Form der Segregation. Das beginnt beim Bundesgericht, das das Mietrecht ausgehöhlt hat.

Wir müssen also handeln. Zum Beispiel mit der Initiative des Mieterinnen- und Mieterverbands (MV) für bezahlbare Wohnungen, aber auch auf kantonaler Ebene. Hier setzt die The-

menkommission «Wohn- und Bodenpolitik» an. Wir wollen Mieter:innen stärken, und funktionierende Vorlagen und Massnahmen aus Kantonen in andere Kantone übertragen, wie zum Beispiel der Mietschutz oder das Vorkaufsrecht. Und wir müssen gegen Airbnbs und Business-Apartments vorgehen.

David Roth geht auf die Airbnb-Initiative im Kanton Luzern ein. Die Vermietung von Airbnbs und Business-Apartments ist eines der heftigsten Symptome unseres kranken Wohnungsmarktes. Airbnb hat sich von der sharing economy zur Profitmacherei entwickelt. Die kommerziellen Anbieter:innen, die inzwischen die Überhand haben, sind das Problem. Wie man damit Geld macht, wird anhand eines Videos veranschaulicht.

Kurzzeitvermietungen müssen reguliert werden. Es gibt dazu bereits verschiedene Ansätze, beispielsweise aus Luzern, Genf, Zürich. Aber auch Business-Apartments müssen in die Schranken gewiesen werden. Hier ist eine entsprechende Initiative in Ausarbeitung.

Zu dieser Problematik werden zwei Veranstaltungen angeboten, an denen aufgezeigt wird, wie Sektionen in den Gemeinden gegen Airbnbs und Business-Apartments vorgehen können.

Carlo Sommaruga (Präsident Mieterinnen- und Mieterverband) erhält das Wort. Die Mieter:innen dieses Landes sind Opfer einer Erpressung von 10 Milliarden Franken. Diese 10 Milliarden Franken gehen jedes Jahr in die Kassen der Immobilienbesitzer. Das sind Anlagefonds, Versicherungen, Banken, Pensionskassen. Diese Akteure sind nur so mächtig, weil das Bundesgericht, das Parlament und der Bundesrat auf ihrer Seite sind und nicht gegen sie handeln.

Mit dem MV und der Bevölkerung wollen wir das Mietrecht verbessern und die Spirale stoppen. Deshalb haben wir die Mietinitiative lanciert. Gemeinsam können wir diesen Kampf gewinnen! Mit den Aktivist:innen, dem MV, der SP und der Bevölkerung!

Behandlung der Anträge und Diskussion

Samira Marti stellt einen Ordnungsantrag. Wortmeldungen sollen von drei auf zwei Minuten gekürzt werden, weil wir bereits viel Verzögerung haben und noch sehr viele Wortmeldungen angekündigt wurden. Der Ordnungsantrag wird angenommen.

Samira Marti erklärt, dass zu Anträgen, die vom Präsidium der SP Schweiz zur Annahme empfohlen wurde, keine Diskussion stattfindet und diese als stillschweigend genehmigt gelten. Anträge, die das Präsidium zur modifizierten Annahme empfiehlt und bei welchen die Antragstellenden mit dem modifizierten Vorschlag einverstanden sind, gelten ebenfalls als stillschweigend genehmigt.

Allgemeine Wortmeldungen zum Papier

Bevor über die einzelnen Anträge debattiert wird, gibt es eine Reihe von allgemeinen Wortmeldungen: Stephanie Grob, Joel Willi, Bruno Storni, Guilhem Kokot, Halima Delimi, Olivier Gurtner, Martine Docourt und Chandu Somasundaram.

A-1 Mirjam Hostetmann und andere

Mirjam Hostetmann stellt den Antrag vor und begründet, warum sie daran festhält. Sie findet die Erklärung des Präsidiums, dass Enteignung und Verstaatlichung nicht mehrheitsfähig seien, nicht zureichend. Sie sehe dies nicht als gute Begründung, den Antrag zu modifizieren. Sie stellt die Frage: Wo, wenn nicht in einem Grundsatzpapier sollen wir Visionen formulieren?

Es folgt eine Wortmeldung von Julien Berthod.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Jacqueline Badran.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-1 wird modifiziert angenommen.

A-2 Edith Siegenthaler und andere

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-2 wird stillschweigend angenommen.

A-3 Stephanie Grob

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-3 wird stillschweigend angenommen.

A-4 Stephanie Grob

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-4 wird stillschweigend angenommen.

A-5 Stephanie Grob

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-5 wird stillschweigend modifiziert angenommen.

A-6 Nathalie Ruoss und andere

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-6 wird stillschweigend angenommen.

A-7 Nathalie Ruoss und andere

Maurus Müller stellt den Antrag vor. Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht und muss deshalb in der Verfassung verankert sein. Wir wollen keinen Profit im Wohnraum. Mieterträge sollen künftig ausschliesslich der Deckelung der effektiven Kosten für Unterhalt und Instandhaltung dienen. Denn Grundrechte dürfen nicht von Renditen abhängig sein. Das funktioniert auch bei Schulen oder der Trinkwasserversorgung. Renditen haben beim Wohnen nichts zu suchen.

Es folgen Wortmeldungen von Florian Schwery und Clara Bonk.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Baptiste Hurni.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: A-7 wird abgelehnt.

A-8 Mirjam Hostetmann und andere

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-8 wird stillschweigend angenommen.

A-9 Olivier Gurtner und andere

Olivier Gurtner stellt den Antrag vor. Der Antrag verlangt, dass die Höchstfrist an Tagen für Airbnb nicht bei 90 sondern bei 60 liegen soll, weil 90 Tage zu viel seien.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält David Roth.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: A-9 wird abgelehnt.

A-10 Olivier Gurtner

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-10 wird stillschweigend modifiziert angenommen.

A-11 Chaim Howald und andere

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-11 wird stillschweigend modifiziert angenommen.

A-12 Edith Siegenthaler und andere

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-12 wird stillschweigend modifiziert angenommen.

A-13 Mirjam Hostetmann und andere

Nathalie Ruoss stellt den Antrag vor. Sie betont, dass es ein wirksames preisgedeckeltes Vorkaufsrecht für Gemeinden braucht, damit diese nicht den spekulativen Marktwert bezahlen müssen.

Es folgen Wortmeldungen von Nicola Sigrist, Clara Bonk und Romain Gauthier.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Jacqueline Badran.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: A-13 wird abgelehnt.

A-14 Chaim Howald und andere

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-14 wird stillschweigend angenommen.

A-15 Nicola Siegrist und andere

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-15 wird stillschweigend angenommen.

A-16 Nicola Siegrist und andere

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-16 wird stillschweigend modifiziert angenommen.

A-17 Nicola Siegrist und andere

Nicola Siegrist stellt den Antrag vor. Planungsmehrwerte sollen konsequent abgeschöpft werden, indem ein Teil der neu entstehenden Wohnungen gemeinnützigen Wohnbauträgern vorbehalten wird und bei Ein-, Um- oder Aufzonungen eine Mehrwertabgabe von mindestens 50% erhoben wird. Planungsmehrwerte sind leistungslose Gewinne, die vor allem durch öffentliche Investitionen wie Verkehrsinfrastruktur, öffentliche Räume oder Service-public-Leistungen entstehen. Das geltende Raumplanungsgesetz sieht lediglich einen Mindestausgleich von 20% vor, was als unzureichend beurteilt wird. Ein höherer Abgabesatz soll der öffentlichen Hand die nötigen Mittel für raumplanerische Massnahmen sichern und verhindern, dass diese Gewinne hauptsächlich der Immobilienwirtschaft zufließen.

Es folgt eine Wortmeldung von Nicolas Preperier.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält David Roth.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: A-17 wird abgelehnt mit 182 Nein-Stimmen bei 145 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen.

A-18 Chaim Howald und andere

Chaim Howald stellt den Antrag vor. Es geht um Kapitel 5.3. Durch die vorgeschlagene Massnahme fallen bei der Mehrwertabgabe Einnahmen weg. Diese kann aber – gerade in Gemeinden und kleinen Städten – wichtig sein, damit Investitionen getätigt werden können, die durch die entsprechende Planung nötig werden. Wir sind überzeugt, dass das Papier auch mit der Änderung noch mehrheitsfähig ist.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält David Roth.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: A-18 wird abgelehnt.

A-19 Nicola Siegrist und andere

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-19 wird stillschweigend angenommen.

A-20 Nathalie Ruoss und andere

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: A-20 wird stillschweigend modifiziert angenommen.

Bevor es zur Schlussabstimmung kommt, bedankt sich Samira Marti für die spannende Debatte.

Das verabschiedete Positionspapier ist [hier](#) zu finden.

Schlussabstimmung

Beschluss des Parteitags: Das Positionspapier «Wuchermieten stoppen, Immobilienwirtschaft in den Dienst der Menschen stellen!» wird einstimmig genehmigt.

9. Genehmigung Berichte

Evaluation der Statutenreform 2021 (Strukturreform)

Tom Cassee geht auf die wichtigsten Erkenntnisse seit Einführen der neuen Statuten ein. Diese sind in einem Evaluationsbericht zusammengefasst und der gesamte Bericht in der Schlussdokumentation ([hier](#)) zu finden. Der Parteirat möchte noch etwas mehr Zeit erhalten für die weitere Ausarbeitung der Strukturreform.

Carlo Lepori (Leitung Parteirat) erhält das Wort. Die grosse Strukturreform war sehr mutig und ermöglicht eine bessere vertikale Integration (z.B. Themenkommission) und besseren Zugang für die Mitglieder (z.B. mehr Partizipation durch mehr Parteitage). Zur Weiterentwicklung des Parteirats wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um einerseits den Parteirat weiterzuentwickeln und die Strukturreform weiterzubringen.

Heinz Looser: Die SP verfügt im Gegensatz zu Organisationen wie Economiesuisse über keinen finanzstarken Thinktank, muss aber dennoch politische Entwicklungen analysieren und fundierte Positionen erarbeiten. Dafür könnten die Themenkommissionen eine zentrale Rolle spielen, wie es auch die Statuten vorsehen, doch einige beschränken sich bisher zu stark auf reine Vorträge. Häufig werden wichtige Positionspapiere ohne rechtzeitigen Einbezug dieser Gremien und ohne breite fachliche Diskussion erarbeitet. Dabei verfügt die Partei über viele Mitglieder mit grosser Expertise, die bereit wären, ihr Wissen einzubringen. Deshalb sollten die Themenkommissionen zu starken Wissens-, Diskussions- und Arbeitsgruppen weiterentwickelt werden, um die Qualität der Analysen und der Politik der SP nachhaltig zu verbessern.

Beschluss des Parteitags: Der Bericht wird bei wenigen Enthaltungen genehmigt.

10. Statuarische Geschäfte

Budget 2026

Empfehlung Parteirat: Genehmigung Budget 2026.

Beschluss des Parteitags: Das Budget 2026 wird genehmigt.

11. Resolutionen und Anträge

R-1 Nathalie Ruoss und andere: Nein zum Entlastungspaket 27!

Nathalie Ruoss: Mit dem Entlastungspaket 27 soll der Sozialstaat abgebaut werden. Es steht für Austeritätspolitik und läuft auf eine Umverteilung nach oben hinaus. Treffen wird es vor allem jene Menschen, die auf einen starken Service public angewiesen sind.

Das Entlastungspaket ist Teil einer grösseren Strategie – weitere Angriffe auf den Sozialstaat werden folgen. Die SP muss sich von Beginn an entschieden dagegen wehren. Deshalb gehört dieses Sparpaket abgelehnt. Kommt es so durch, müssen wir das Referendum ergreifen. Darum bitte ich euch, die Resolution anzunehmen.

Es folgen Wortmeldungen von Guilhem Kokot, Alisiyar Sürensoy, Ursula Zybach, Sophie Wang, Benoît Gaillard, Jaduson Sivakrishnabavan und Tamara Funicello.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Samira Marti.

Empfehlung des Präsidiums: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Eine klare Mehrheit lehnt die Resolution ab.

R-2 des Präsidiums der SP Schweiz und der SP Frauen Schweiz: Geschlechterspezifische Gewalt stoppen. Schutz jetzt sichern!

Julia Baumgartner erhält das Wort: Die Menschen erwarten von uns, dass wir uns mit allen Mitteln gegen Femizide und patriarchale Gewalt wehren. Zurecht. Das zeigte sich auch nach unserer Demo im Dezember, als der Nationalrat eine Million für geschlechtsspezifische Gewaltprävention strich. Innert Kürze kamen extrem viele Menschen zur Demo auf dem Bundesplatz zusammen.

Es braucht qualitativ hochstehende Angebote im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Deshalb lancieren die SP Schweiz und die SP Frauen eine Volksinitiative – gemeinsam mit Fachorganisationen, Expert:innen und politischen Verbündeten aus allen Lagern. Die Initiative soll die notwendige Finanzierung der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt sichern sowie die Vereinheitlichung und Sicherstellung von qualitativ guten und inklusiven Angeboten gemäss Istanbul-Konvention in der ganzen Schweiz garantieren.

Es folgt eine Wortmeldung von Albulenä Ukshini Sefa.

Das Schlussvotum für das Präsidium und die SP Frauen hält Tamara Funiciello.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird bei vereinzelt Enthaltnahmen angenommen.

R-3 des Präsidiums: Für Völkerrecht und Demokratie statt Machtpolitik und Autoritarismus: Mehr Europa ist unsere Antwort

A-1 Leo Keller und andere: Rückweisungsantrag

Tom Cassee erklärt das Vorgehen. Es wird eine gemeinsame inhaltliche Debatte zur Resolution des Präsidiums sowie zum Rückweisungsantrag von Leo Keller geführt. Nach der Debatte wird darüber abgestimmt, ob der Rückweisungsantrag angenommen oder abgelehnt werden soll. Wenn der Rückweisungsantrag abgelehnt wird, wird über Annahme oder Ablehnung der Resolution abgestimmt.

Zuvor erhält noch Daniel Jositsch das Wort (Abschaffung der Armee). Das Parteiprogramm aus dem Jahr 2010 fordert die Abschaffung der Armee. Wir mussten in den letzten Jahren feststellen, dass sich die geopolitische und sicherheitspolitische Lage in Europa und weltweit verändert und schmerzhaft verschlechtert hat. In Europa ist ein konventioneller Krieg möglich. Die Schweiz muss sich auf einen solchen Krieg vorbereiten. Der Absatz des Parteiprogramms zur Abschaffung der Armee ist nicht mehr zeitgemäss. Er ist der Meinung, dass wir mit dem Parteiprogramm unseren Wähler:innen Lösungsvorschläge zeigen sollten und nicht Visionen. Die Reformplattform wollte, dass man das Parteiprogramm anpasst mit einem zusätzlichen Satz.

Die Statuten sind jedoch gemäss Parteileitung eindeutig. Das Parteiprogramm kann nicht in einzelnen Teilen geändert werden. Die Frage der Rolle der Schweizer Armee wird thematisiert werden gemäss modifiziert angenommenem Antrag am Parteitag in Sursee (Oktober 2025) zur Entwicklung einer aussen- und geopolitischen Standortbestimmung. Dieses Positionspapier wird verfasst, nachdem die Stimmberechtigten die Weichenstellungen bei den Bilateralen III und Neutralitätsinitiative vorgenommen haben. Daniel Jositsch ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Zu R-3 und A-1 folgen Wortmeldungen von Roland Tschäppeler, Jean Tschopp, Leo Keller, Julien Berthod, Myrtha Meuli, Susanne Oberholzer Leutenegger, Nicola Preperier, Nick Burger und Charlotte Günther.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Jon Pult.

Empfehlung des Präsidiums zu R-3: Annahme.

Empfehlung des Präsidiums zu A-1 (Rückweisungsantrag): Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Der Rückweisungsantrag A-1 wird deutlich abgelehnt, die Resolution R-3 wird angenommen.

R-4 des Präsidiums der SP Schweiz: Klare Haltung gegenüber Teheran: Menschenrechte schützen, Zivilgesellschaft stärken, Krieg verhindern

Tom begrüsst Asso Hassan Zadeh (Dozent Uni Lyon, Politikexperte mit Schwerpunkt Nahost).

Asso Hassan Zadeh dankt der SP Schweiz dafür, dass die aktuelle Iran-Situation am Parteitag thematisiert wird und er dazu sprechen darf. Er betont die Notwendigkeit, die Lage langfristig zu betrachten und erinnert daran, dass sich die Proteste nicht auf den Widerstand gegen die hohen Lebenshaltungskosten beschränken, sondern den Willen zu einem tiefgreifenden Machtwechsel zum Ausdruck bringen. Er ist der Ansicht, dass das Regime geschwächt und verwundbar ist, was die harte Repression erklärt. Asso weist darauf hin, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keine glaubwürdige Alternative gibt, und stellt fest, dass die internationale Solidarität vor allem moralischer Natur bleibt. Er hält den Status quo für unhaltbar und ist der Meinung, dass Jahrzehnte des Dialogs mit dem Westen keine Früchte getragen haben. Seiner Ansicht nach geht es nicht mehr darum, wie man mit dem Regime umgehen soll, sondern wie man einen Wandel begleiten kann, und er fordert die EU und die Schweiz auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen, ohne sich hinter der Neutralität zu verstecken. Er erinnert zudem daran, dass die Schweiz eine lange Beziehung zum Iran unterhält, die auch von negativen Episoden geprägt ist, insbesondere von Attentatsversuchen auf Oppositionelle auf ihrem Boden. Er schliesst mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Unterstützung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Kräfte, um zu verhindern, dass eine Diktatur durch eine andere ersetzt wird und bedankt sich nochmals bei der SP Schweiz mit der Aufforderung, der vorliegenden Resolution zu zustimmen.

Es folgen Wortmeldungen von Midia Peroti, Stefan Dietrich und Laurence Fehlmann Rielle.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Romy Farah.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Eine klare Mehrheit nimmt die Resolution an.

R-5 des Präsidiums der SP Schweiz: Für den Schutz der Zivilbevölkerung in Syrien, für Minderheitenrechte und für eine politische Lösung mit Perspektive

Cédric begrüsst Özen Aytac, die die Resolution vorstellt.

Özen Aytac: Die Schweiz hat eine Verantwortung als Koalitionsmitglied gegen den IS und als wirtschaftlich starkes Land. Özen Aytac liest den Brief ihrer Freundin aus Rojava vor, die heute nicht hier sein kann. Darin berichtet sie: Der IS hat Gräueltaten in Rojava verübt. Die Bevölkerung – mit den Frauen voran – hat sich dagegen gewehrt und gesiegt. Die Bevölkerung in Nordsyrien und Rojava konnten wieder ihr Leben leben. Doch am 6. Januar 2026 wurde die Bevölkerung erneut angegriffen. Solidarische Menschen sind auf der ganzen Welt mit der kurdischen Bevölkerung auf die Strasse gegangen. Diese Solidarität war ein wichtiges Zeichen. Der Widerstand und der Wille gegen den Krieg muss aufrechterhalten werden. Denn die Bevölkerung in Rojava kann friedlich gemeinsam leben. Die Hoffnung auf Freiheit

ist dafür sehr wichtig. Wir alle müssen weiterhin für das Leben und die Freiheit aller eintreten. Sie schliesst mit: Hoch lebe der Widerstand der Völker, hoch lebe Rojava!

Es folgen Wortmeldungen von Sinem Gökçen, Midia Piroti und Ryan van Steenwijk.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Valérie Piller-Carrard.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

R-6 der SP Migrant:innen: Für echte Selbstbestimmung – gegen antimuslimischen Rassismus. Eine Resolution für Gleichstellung, Religionsfreiheit und Antidiskriminierung

R-7 Stefan Dietrich und andere: Antisemitismus entschlossen bekämpfen – in Worten und in Taten

Es wird eine gemeinsame inhaltliche Debatte der beiden Resolutionen geführt. Nach der Diskussion wird über beide Resolutionen abgestimmt.

Cédric macht eine Einführung zu Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus. Es geht in beiden Resolutionen um Religionsfreiheit, Diskriminierung und Hass. Deshalb führen wir die Debatte zusammen. Die sozialdemokratische Position muss immer gegen die Diskriminierung von Minderheiten sein.

Es folgen Wortmeldungen von Vera Celik, Nico Wohlgensinger, Oleksandr Terletsykyi, Charlotte Günther, Martine Rouiller, Benoît Gaillard, Halua Pinto, Mario Huber, Jan Suter, Stefan Dietrich, Chaim Howald, Sophie Wang, Andri Meyer und Yasmine Berrada.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: R6 wird deutlich angenommen. R7 wird ebenfalls deutlich angenommen.

12. Div. Mitteilungen

Es werden alle gebeten, die Kopfhörer zurückzugeben. Es folgt ein Dank an die Stadt Biel für den grosszügigen finanziellen Beitrag an den Apéro, die SP Biel für die grossartige Unterstützung vor und während des Parteitags, die Übersetzer:innen, die Technik, das Zentralsekretariat und an alle Delegierten und Gäste für die Teilnahme und den interessanten Parteitag.

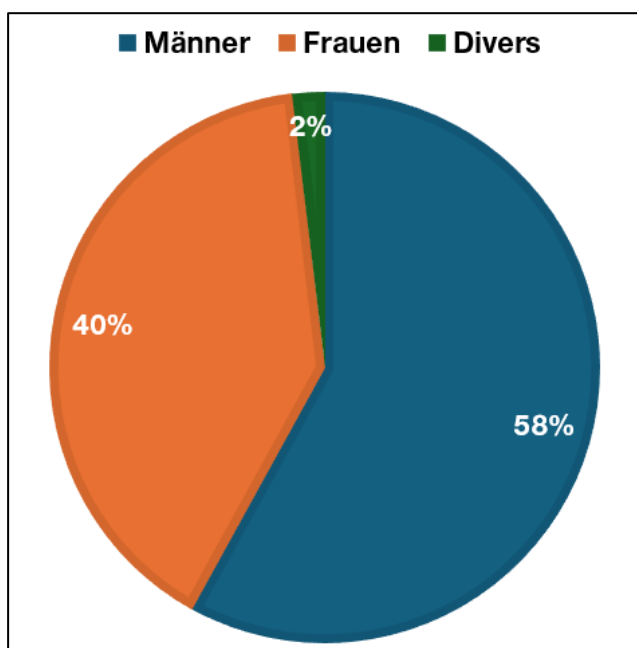
Der nächste Parteitag ist der zweitägige Parteitag vom 17./18. Oktober in Thun. Eine Liste mit Hotelkontingenten in Thun und Bern ist bereits auf der Webseite www.spschweiz.ch/thun2026 zu finden. Des Weiteren lädt Tom Cassee alle ein, nach dem Apéro bei Wine, Food + Music mit der SP Biel den Tag ausklingen zu lassen.

Zum Schluss wird die Internationale gesungen.

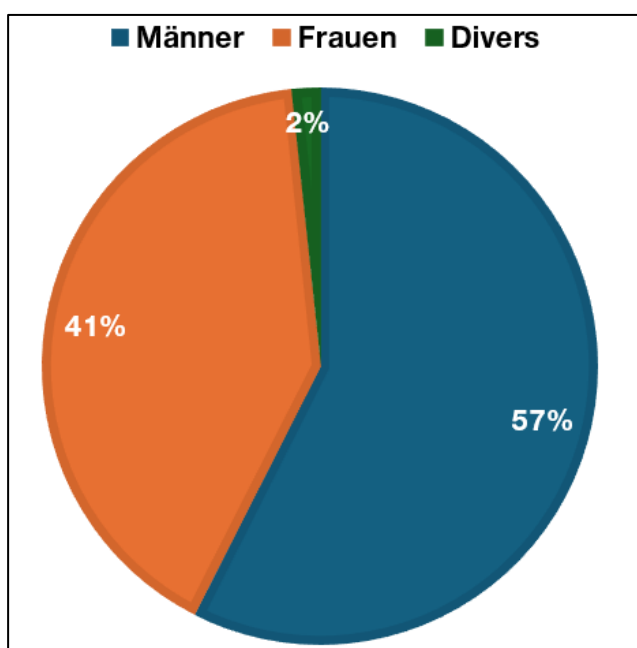
Gender Watch Protokoll

	Delegierte	Total in % Delegierte	Gäst:innen	Total Anwesende	Total in % Anwesende
Männer	246	58%	31	277	57%
Frauen	170	40%	27	197	41%
Divers	8	2%	0	8	2%
Total	424	100%	58	482	100%

Anwesende Delegierte

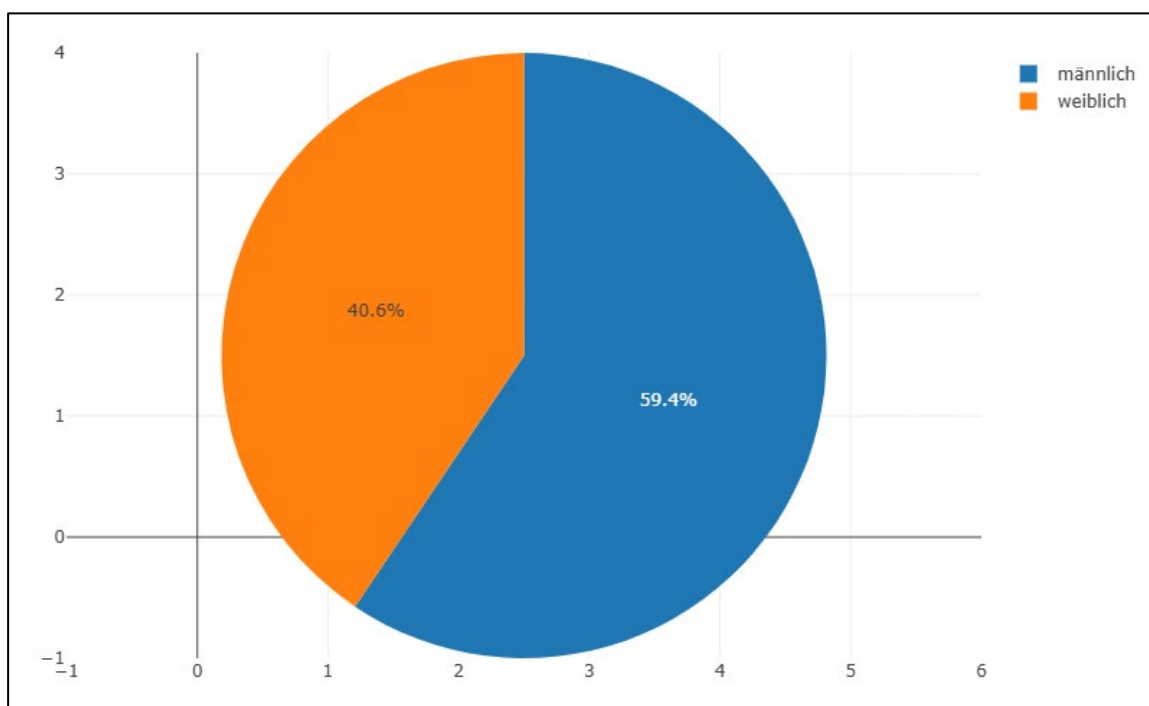


Total Anwesende

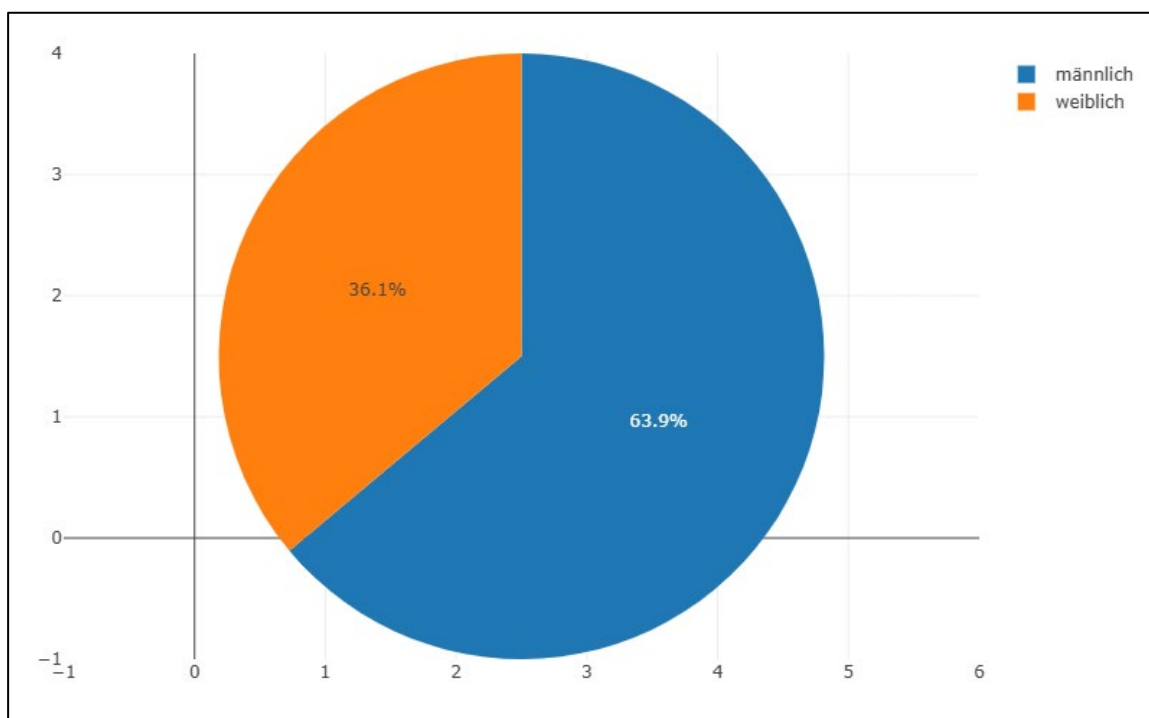


Auswertung aller Wortmeldungen

Anzahl

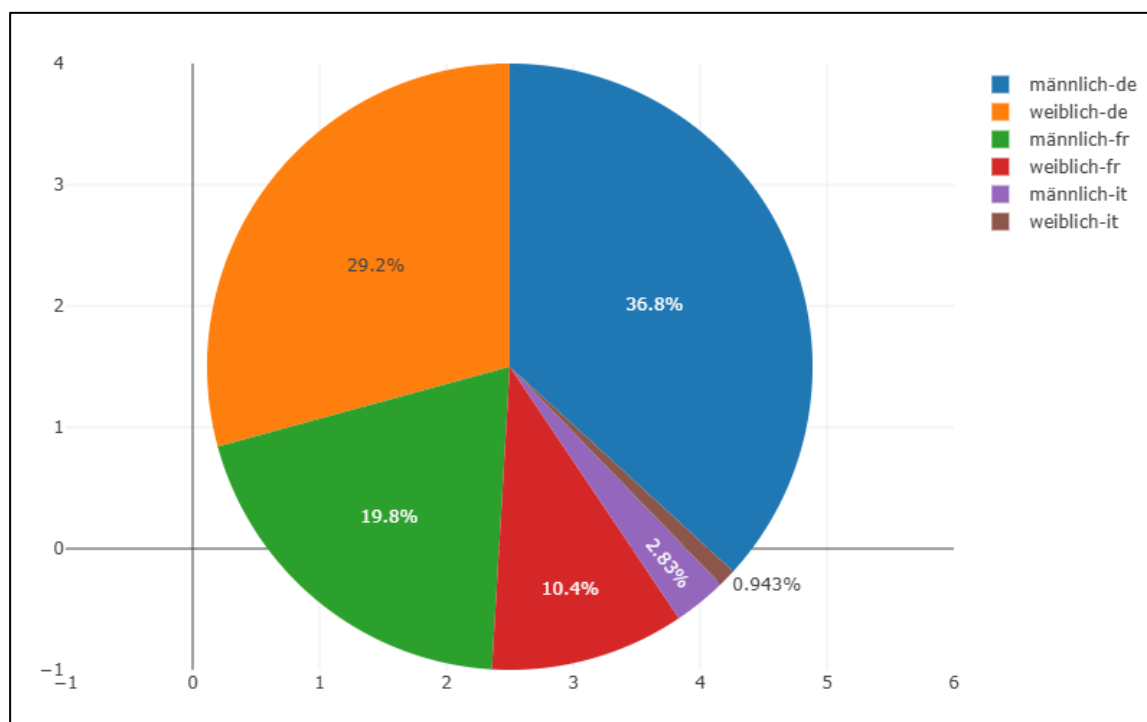


Dauer

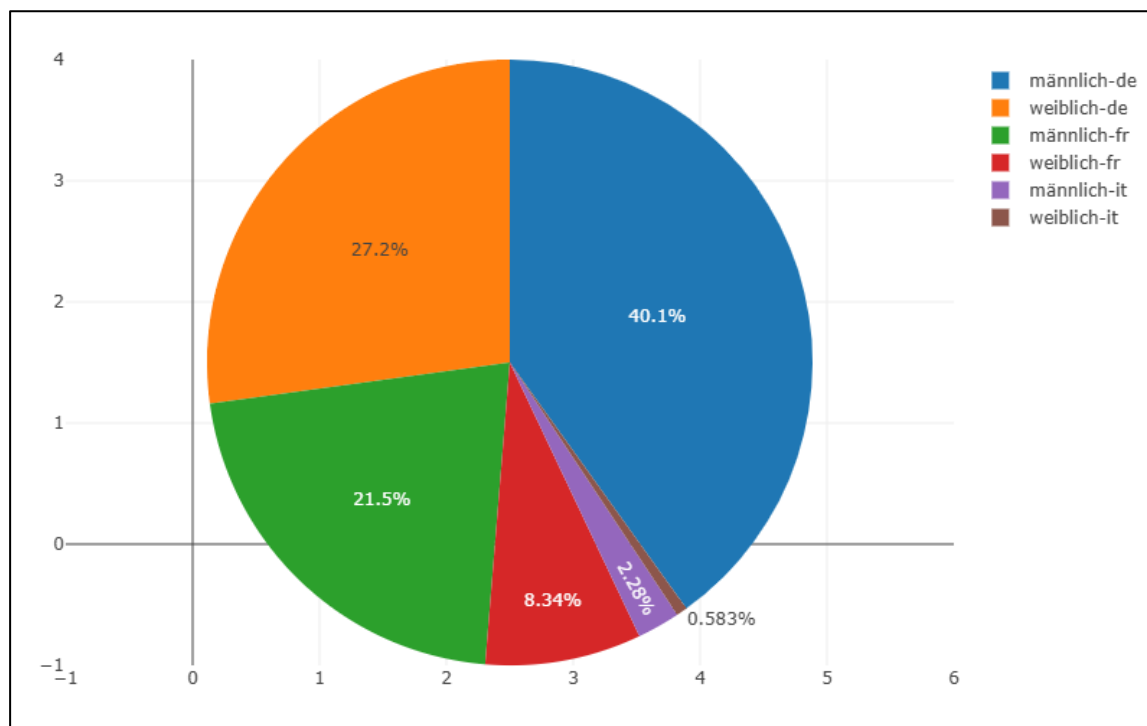


Auswertung der Wortmeldungen nach Gender und Sprache

Anzahl

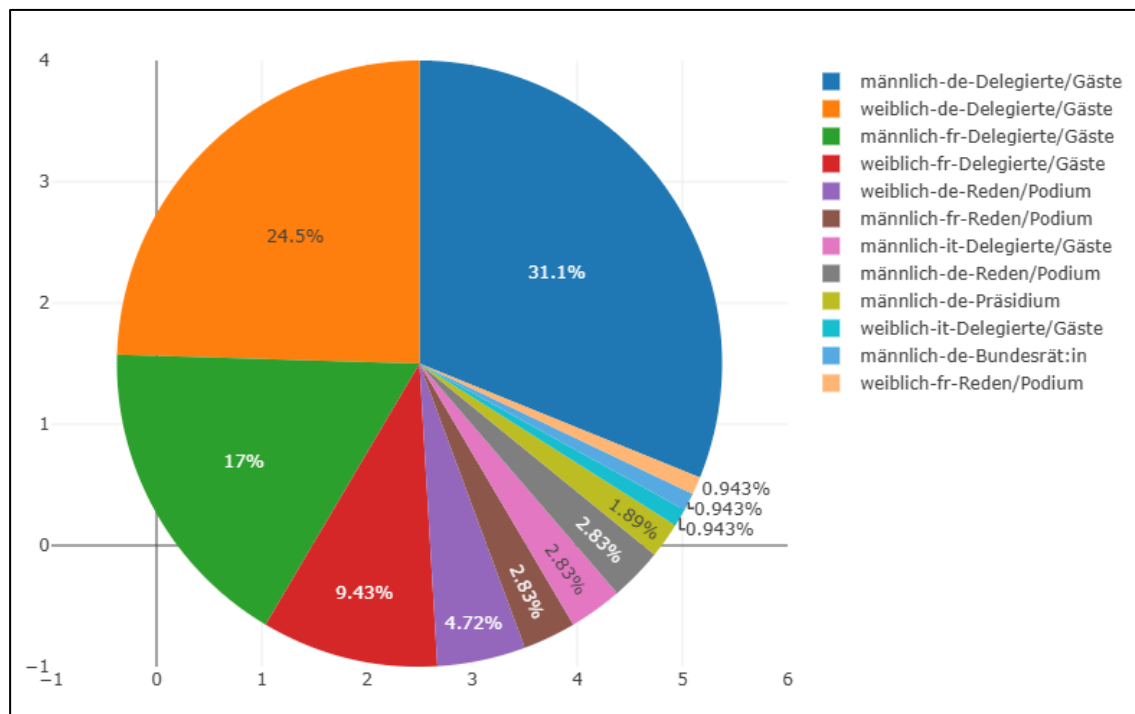


Dauer



Auswertung der Wortmeldungen verschiedener Redner:innen-Gruppen und Sprache

Anzahl



Dauer

